

## Sirenen heulen heute zur Probe

Im Landkreis und in der Schweiz

LÖRRACH (BZ). Im Landkreis Lörrach findet heute, Mittwoch, 3. Februar, von 13.30 Uhr an ein Sirenenprobealarm statt, um die Funktionsfähigkeit bestehender und neu installierter Sirenenanlagen zu prüfen. Zeitgleich findet auch in der Schweiz ein Sirenenprobealarm statt.

Der Probealarm im Landkreis beginnt um 13.30 Uhr mit dem Signal „Warnung“, bestehend aus einem auf- und abschwellenden Ton von einer Minute, teilt das Landratsamt Lörrach mit. Dieses Signal bedeutet: Gefahr, Radio einschalten, auf Informationen achten. Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, den Notruf 110 oder 112 nur im tatsächlichen Notfall anzurufen. Anschließend folgt das Signal „Entwarnung“, bestehend aus einem Dauerton von einer Minute.

Das Landratsamt weist darauf hin, dass heute, Mittwoch, von 13.30 Uhr an auch der jährliche Sirenenprobealarm in der Schweiz stattfindet. In Basel-Stadt ist dies die erste Bewährungsprobe für die neuen über Funk gesteuerten Sirenen, teilt die Kantonspolizei des Stadtkantons mit: 2015 wurden die rund vierzig Jahre alten Sirenen im ganzen Kanton ersetzt.

## Verkehr soll besser fließen

Wartespuren und Kreisel

BASEL (sda). Im Rahmen der Sanierung der Freiburgerstraße will die Basler Regierung die Verkehrssituation an zwei Kreuzungen verbessern. Dafür beantragt sie beim basel-städtischen Großen Rat 2,23 Millionen Franken. Die Anschlüsse der Freiburgerstraße an die Hochbergerstraße und die Neuhausstraße sollen ausgebaut und leistungsfähiger für den Autoverkehr gemacht werden, wie es in einer Mitteilung vom Dienstag heißt. Zudem sind Verbesserungen für öffentlichen Verkehr, Radfahrer und Fußgänger geplant.

An der Einmündung zur Hochbergerstraße ist konkret der Ausbau der Wartespuren vor der Ampel geplant, wie es auf Anfrage beim Bau- und Verkehrsdepartement heißt. An der Kreuzung zur Neuhausstraße vor dem Zoll Otterbach soll ein Kreislauf entstehen. In der Freiburgerstraße müssen zudem Leitungen, Straßenerneuerung und Deckenbelag erneuert werden. Insgesamt rechnet das BVD für die Sanierung und die verkehrstechnischen Optimierungen mit Kosten von 6,3 Millionen Franken. Der Verkehr auf der Freiburgerstraße hat nach Angaben der Regierung in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Sie führt dies auf die Wohn- und Arbeitsplatzentwicklung im Norden von Basel, die Eröffnung der Zollfreien Straße und die Autobahnanschlüsse zurück.

## Neues Fahrzeug für das DRK

Verstärkung für Fahrdienst

LÖRRACH (BZ). Mit Unterstützung der Aktion Mensch wurde der Fahrdienst des Roten Kreuzes im Kreis Lörrach um ein weiteres Spezialfahrzeug ergänzt. Bis zu vier Rollstuhlfahrer können im neuen Fahrzeug gleichzeitig befördert werden. Besonderes Augenmerk wurde auf den Komfort für Fahrgäste und Bedienungs-freundlichkeit für die Mitarbeiter gelegt, schreibt Roland Kraus, Leiter der Fahrdienste im DRK-Kreisverband, in einer Mitteilung. „Wir befördern jährlich etwa 4500 Menschen in medizinische Einrichtungen als auch zu privaten Anlässen.“ Besonderes Merkmal sei, dass zu jedem Einsatz zwei Mitarbeiter bereitstehen, um Fahrgästen bei der Überwindung von Treppenstufen zu helfen.



Ulrich Lusche, Manuel Karcher, Doro Moritz, Rainer Stichelberger und Josha Frey (von links)

FOTO: LOISL MINK

# Mehr oder weniger Korrektur

Vier Landtagskandidaten und die GEW-Landesvorsitzende diskutierten über Bildungspolitik

Von Thomas Loisl Mink

LÖRRACH. In der Bildungspolitik gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen Grünen und SPD auf der einen und CDU und FDP auf der anderen Seite. Das wurde bei einer Diskussion mit den Wahlkreiskandidaten der vier im Landtag vertretenen Parteien deutlich. Grün-Rot möchte an der aktuellen Politik festhalten, gibt aber zu, dass es im Detail noch Nachbesserungsbedarf gibt. Schwarz-Gelb will nicht alles rückgängig machen, aber wieder stärker differenzieren und die Gemeinschaftsschule nicht mehr in den Vordergrund stellen.

Bei der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstalteten Diskussion hielt deren Landesvorsitzende Doro Moritz das Eingangsreferat und ließ dabei wenig Zweifel, dass sie die grün-rote Bildungspolitik befürwortet. Fünf Jahre, stellte sie fest, seien zu kurz, um das Bildungssystem umzubauen. „Kanada hat sich dafür zehn Jahre vorgenommen, und die hatten einen gesellschaftlichen Konsens. Der fehlt hier“, sagte sie.

Nirgendwo war die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft so groß wie in Baden-Württemberg. Dagegen seien erste Schritte unternommen worden, auch mit der Gemeinschaftsschule, bei der aber laut einem eigenen Gutachten der GEW noch einiger Verbesserungsbedarf besteht. „Die GEW steht aus pädagogischen und organisatorischen Gründen für gemeinsames Lernen“, sagte Moritz. Sie sprach sich für eine innere Differenzierung aus, die wissenschaftlich belegt bessere Lernerfolge bringe. Bei einer Trennung etwa in Haupt- und Werkrealschule wissen die einen immer, dass sie die schlechteren sind, was demotivierend wirkt. Die Diffe-

renzierung nach der vierten Klasse hält sie für zu früh. Bildungspolitisch habe Grün-Rot einen Fehlstart hingelegt, sagte Doro Moritz, was sich dann gebessert habe, doch habe etwa die Kürzung von Stunden für besondere Aufgaben zu großer Demotivation der Lehrer geführt.

Ulrich Lusche, Landtagsabgeordneter der CDU, bestätigte in der von der SWR-Journalistin Laura Könsler moderierten Diskussion, dass es keinen Konsens in der Bildungspolitik gibt, die CDU wolle aber auch nicht die Rolle rückwärts. Für die bestehenden Gemeinschaftsschulen gibt die CDU eine Bestandsgarantie, ist aber für mehr Differenzierung und glaubt nicht, dass eine Schule für alle der richti-

ter bevorzugt werden. Doro Moritz hatte ausgeführt, dass das überhaupt nicht der Fall sei, denn die Gemeinschaftsschule müsse auf drei Niveaus unterrichten, zusätzlich 13 Prozent Inklusion leisten und viele müssten erst einmal den Ganztagsbetrieb aufbauen. Ulrich Lusche meinte, der eigentliche Test für die Gemeinschaftsschule komme erst dann, wenn sich zeigt, ob die Wirtschaft deren Abschlüsse akzeptiert.

Die Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulpflichtung war von der GEW gefordert worden. Lusche sagte, die CDU hätte sie nicht abgeschafft, werde sie aber auch nicht wieder einführen. Eingewarnt sich aber alle, dass die weiterführende Schule entgegen der jetzigen Praxis Informationen über die Schüler bekommen muss, um ihnen gerecht werden zu können. Lehrer und Eltern aus dem Publikum kritisierten die mangelnde Lehrerversorgung. 100 Prozent am Schuljahresbeginn reiche nicht, da man mit fünf Prozent Ausfall rechnen müsse, aber später bekomme man keine Lehrer mehr, zumal im Grenzgebiet zur Schweiz, sagte ein Schulleiter.

Schulamtsleiter Helmut Rüdlin forderte, die Möglichkeit zu schaffen, die Stellen früher auszuschreiben. Alle Politiker meinten, die besondere Situation im Grenzgebiet rechtfertige eine Sonderbehandlung. Befristete Verträge sind kontraproduktiv, aber sie gaben zu bedenken, dass auch die Polizei mehr Stellen braucht, und alles finanzierbar sein müsse. Drastisch schilderte Isolde Weiß, Leiterin der Lörracher Pestalozzi-Schule, die Situation an Förderschulen, wo sich das Personal halbiert, die Aufgaben aber verdoppelt hätten. „Da vermisst die Fürsorge und Verantwortung und befürchte die verdeckte Abschaffung der Förderschulen“, sagte sie. Stichelberger und Frey war das so nicht bekannt, sie versprachen aber, sich darum zu kümmern.



LANDTAGSWAHL  
BADEN-WÜRTTEMBERG 2016

ge Weg ist. Der Zuspruch zur Gemeinschaftsschule sei indessen da, stellte der Abgeordnete Josha Frey (Grüne) fest. Wie erfolgreich sie ist, könne man aber frühestens Ende des Schuljahrs sagen, wenn die ersten vergleichbaren Prüfungen stattfinden. Es müsse aber einiges verbessert werden, schließlich habe man mit der Gemeinschaftsschule bei Null angefangen.

Dem schloss sich Justizminister Rainer Stichelberger (SPD) an. Die Gemeinschaftsschule in Schliengen und Schopfheim laufen hervorragend, und Stichelberger lobte auch die Lehrerinnen und Lehrer, die das Konzept dieser Schulart von unten entwickelt haben. Auch die FDP will keine Rolle rückwärts, wie Landtagskandidat Manuel Karcher sagte, aber die Gemeinschaftsschule dürfe nicht wei-

## Üblicher Winter-Dämpfer wird spürbar

Arbeitsmarkt im Agenturbezirk

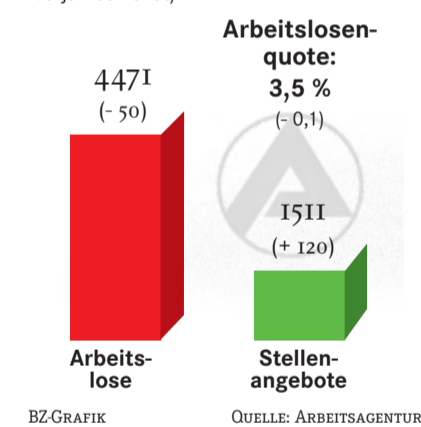
LÖRRACH (BZ). Im Januar waren im Arbeitsagenturbezirk Lörrach, der die Landkreise Lörrach und Waldshut umfasst, 7428 Menschen arbeitslos gemeldet, 103 weniger als im Januar 2015. Die Quote lag bei 3,3 Prozent (Vorjahresmonat 3,4 Prozent); sie ist weiterhin niedriger als die Baden-Württembergs (4,0 Prozent). Die Bezirke Lörrach und Ulm wiesen nach Angaben der Agentur Lörrach vom Dienstag die niedrigsten Arbeitslosenquoten im Land aus.

„Allmählich spüren wir den typischen Winter-Dämpfer“, kommentiert Norbert Sedlmair, Leiter der der Lörracher Arbeitsagentur, die Tatsache, dass aktuell 751 Menschen mehr arbeitslos sind als im Dezember. Dieser Anstieg sei aber normal. Gründe seien neben der Witterung Kündigungen, die häufig zum Jahresende ausgesprochen werden, und das Auslaufen von Befristungen. Anlass zur Sorge gebe es nicht. Denn die Arbeitslosenzahl sei die niedrigste in einem Januar seit mehr als 20 Jahren. Lediglich die Arbeitslosigkeit von Ausländern sei im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent gestiegen.

Im Landkreis Lörrach lag die Arbeitslosenquote im Januar bei 3,5, im Landkreis Waldshut bei 3,2 Prozent. Im Kreis Lörrach waren am Monatsende 4471 (plus 396 zum Vormonat) und im Kreis Waldshut 2957 (plus 355 zum Vormonat) Arbeitslose gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat nahm die Arbeitslosigkeit im Kreis Lörrach um 50 und im Kreis Waldshut um 53 Personen ab.

### Arbeitsmarkt

im Landkreis Lörrach im Januar 2016  
(In Klammern Veränderung gegenüber Vorjahresmonat)



BZ-GRAFIK

QUELLE: ARBEITSENTWERTUNG

Für 2184 Arbeitslose im Bereich des Sozialgesetzbuchs II ist im Landkreis Lörrach das Jobcenter zuständig; im Landkreis Waldshut wird dieser Personenkreis (1342) durch das Jobcenter Landkreis Waldshut betreut. 3902 Arbeitslose, die in der Regel Arbeitslosengeld I erhalten, werden durch die Agentur für Arbeit betreut. 2376 Personen meldeten sich neu oder erneut arbeitslos, 1620 beendeten ihre Arbeitslosigkeit. Im Bezirk waren 2811 Stellenangebote registriert. 540 neue Stellen wurden gemeldet. Im Juni 2015 gab es im Bezirk 127 121 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 2797 oder 2,2 Prozent mehr als im Vorjahresquartal.

### KURZ GEMELDET

BASEL

#### Butterschmuggler

Schweizer Grenzwächter ist in Basel ein Butterschmuggler ins Netz gegangen. Der französische Staatsbürger aus dem Großraum Paris führte in seinem Kleintransporter 324 Kilo indisches Butterschmalz (Ghee) mit. Nun drohen ihm Bußgeld und Abgaben von mehr als 10 000 Franken. Erwischt worden war der Franzose in der Nacht auf Samstag beim Grenzübergang Basel-Lysbüchel. Im Fahrzeug fanden die Beamten mehrere hundert Dosen mit Ghee. sda

## Kino auf dem Münsterplatz ist gerettet

Veranstalterin des beliebten Freiluftkinos hat in Allianz Suisse einen neuen Titelsponsor gefunden

BASEL (gra). Der Open-Air-Kino-Veranstalter Cinerent hat die Lücke geschlossen, die durch den Ausstieg des Hauptsponsors Salt (früher Orange) auf Ende 2015 entstanden war: Neue Titelsponsorin ist Allianz Suisse, wie Cinerent am Dienstag mitteilte. Die Versicherungsgesellschaft ermöglichte mit ihrem Engagement, die traditionellen Filmabende in Zürich und in Basel fortzusetzen.

Das Kino auf dem Basler Münsterplatz sei dabei für Cinerent-Geschäftsführer Peter Hürlimann eine Herzensangelegenheit. Immerhin steht vom 28. Juli bis 21. August die 25. Ausgabe und damit ein Jubiläum an. Nach dem überraschenden Ausstieg von Salt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stand das



Münsterplatz als Kino

FOTO: GRAMESPACHER

Freiluftkino auf der Kippe. Mit bis zu 40 000 Besuchern sehr beliebt ist das Kino neben dem Münster wegen seiner seit einigen Jahren volkstümlichen Preise. Mit ermöglicht wurden diese 2013 und 2014 unter anderem durch Zuschüsse in

Höhe von 25 000 und 50 000 Franken, die der basel-städtische Regierungsrat aus dem Swisslos-Fonds gewährt hatte. 2015 gab es diese Subvention nicht mehr.

Nachdem Cinerent sein Konzept stärker auf Basel zugeschnitten hat und für Jugendliche spezielle Angebote macht, hat die Basler Regierung kurz vor Weihnachten für 2016 wieder einen Zuschuss von 100 000 Franken beschlossen. „Dies sei ein wichtiges Puzzleteil, aber nicht ausreichend“, sagte Managing Director Daniel Frischknecht Knörr im Januar auf Anfrage. Entscheidend war nun der Einstieg von Allianz Suisse. Die Basler Kantonalbank als langjährige Hauptsponsorin in Basel hingegen steigt aus.